



Planzeichenerklärung	
gem. PlanzV 90 und der Baunutzungsverordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990, zuletzt geändert durch Art. 3 Investitionserleichterungs und WohnbaulandG vom 22.04.1993 (BgBl. III 213-1-2)	
	bestehende Gebäude
	Flurstücksnummer
1. Art der baulichen Nutzung (§9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)	
	Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
2. Maß der baulichen Nutzung (§9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)	
I	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 16 BauNVO)
0,4	Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)
0,6	Geschoßflächenzahl (§ 20 BauNVO)
3. Bauweise, die überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen (§9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)	
o	Offene Bauweise (§ 22 Abs. 2 BauNVO)
	nur Einzel- und Doppelhausbebauung zulässig
	Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)
4. Öffentliche Verkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)	
	Straßenverkehrsflächen
	Straßenbegrenzungslinie
5. Sonstige Planzeichen	
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
	Geltungsbereich angrenzender Bebauungspläne
Maßstab 1 : 1000	

Textliche Festsetzungen	
<b>Planungsrechtliche Festsetzungen</b>	
<b>§1 Ausschluss</b> Die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gemäß §4 Abs. 3 Nr. 1.-5. BauNVO werden gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO im Allgemeinen Wohngebiet ausgeschlossen.	
<b>§2 Anzahl der Wohnungen</b> Gem. §9 (1) Nr. 6 BauGB sind pro Grundstück nicht mehr als 2 Wohnungen zulässig. Bei Doppelhäusern ist je Doppelhaushälfte nur eine Wohnung zulässig.	
<b>§3 Geschoßflächenzahl</b> Gem. §20 (3) BauNVO sind die Flächen von Aufenthaltsräumen in anderen Geschossen (Nicht-Vollgeschossen) einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenträume inklusive ihrer Umfassungswände auf die max. zulässige Geschoßflächenzahl anzurechnen.	
<b>§4 Überschreitung der Grundflächenzahl</b> In der BauNVO §19 Abs. 4 Nr. 1-3 wird die Ermittlung der Grundflächen, und unter welchen Voraussetzungen die Grundflächenzahl (GRZ) überschritten werden darf, festgelegt. Bei Überschreitung der GRZ gem. § 19 (4) BauNVO sind Stellflächen mit ihren Zufahrten in wasserdurchlässiger Ausführung (Pflaster mit mind. 25% offenem Fuganteil, Rasenstein, Schotterterrassen oder Ähnlichem) herzustellen. Bei der Ermittlung der Grundfläche sind ebenso alle Pflasterflächen( wie z.B. Terrassen) mitzurechnen.	
<b>§5 Bauweise</b> Nur eine offene Einzel- bzw. Doppelhausbebauung ist zulässig.	
<b>§6 Mindestgröße der Baugrundstücke</b> Die Mindestgröße der Baugrundstücke muss je Einzelhaus u. je Doppelhaushälfte gem. §9 (1) Nr. 3 BauGB 400 qm betragen.	
<b>§7 Geh- Fahr- und Leitungsrecht (gem. §9 (1) Nr. 11 und Nr. 21 BauGB)</b> Von den in der Planzeichnung festgesetzten Geh-, Fahr- und Leitungsrechten auf dem zur öffentlichen Verkehrsfläche gelegenen Grundstück zur Sicherung der Erschließung der Baugrundstücke in 2. Baureihe kann gem. §31 BauGB als Ausnahme und im Einvernehmen mit der Gemeinde abgewichen werden. Die Zuwegung ist an anderer Stelle auf dem Grundstück nachzuweisen, sofern: - Die in der Planzeichnung festgesetzte Erschließungsbreite beibehalten wird; - Die Grundstücksverhältnisse die Verlagerung erforderlich machen. Die Mindestbreite der Zuwegung, bzw. Zufahrt, für ein Hinterliegergrundstück muss mindestens 3,0 m betragen. Sofern für zwei benachbarte Grundstücke eine gemeinsame Zufahrt angelegt werden soll, kann ebenfalls gemäß §31 BauGB von der Festsetzung des Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes in der Planzeichnung abgewichen werden. Die Breite einer gemeinsamen Zufahrt von 2 Hinterliegergrundstücken muss mindestens 4,5 m betragen.	
<b>Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung</b>	
<b>§ 1 Geltungsbereich</b> Diese örtliche Bauvorschrift gilt für den Bebauungsplan Nr. 222 „Am Pingelstrang / Eichenstrasse“	
<b>§ 2 Gebäudehöhe</b> Die Höhe des fertigen EG-Fußbodens darf, gemessen von den jeweils unten genannten Bezugs-Höhenpunkten bis zur Oberkante des fertigen EG-Fußbodens in der Mitte des Gebäudes, 0,5 m nicht überschreiten. Soweit vorhandene Gebäude zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bebauungsplanes dieses Maß überschreiten, ist bei Neuerrichtung oder Erweiterung dieser Gebäude als Ausnahme gem. § 31 (1) BauGB eine Überschreitung des vorgenannten Maßes bis zur tatsächlichen Höhe zulässig 1. Als Bezugs- Höhenpunkt WA-1-Bereich gilt die Oberfläche fertiger Fahrbahnen der angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen mit der verlängerten, senkrecht zur öffentlichen Verkehrsfläche verlaufenden Mittellinie (Grundstücksachse) des jeweiligen Baugrundstücks. 2. Als Bezugs-Höhenpunkt WA-2-Bereich gilt die Oberkante Mitte der fertigen privaten Zuwegung auf dem Vorderliegergrundstück im Schnittpunkt mit dem WA-2-Bereich. 3. Im Allgemeinen Wohngebiet wird eine maximale Gebäudehöhe von 9 m, gemessen von Oberkante Fertigfußboden(OK FF) festgesetzt. Der Schnittpunkt der Außenkante des aufgehenden Mauerwerkes mit der Außenfläche der fertigen Dachhaut (Traufe) darf das Maß von 4,0 m, gemessen ab OK FF, nicht überschreiten.	
<b>§ 3 Dachformen, Dachneigungen, Dachaufbauten, -einschnitte, Dachflächenfenster und Frontspieße</b> 1. Die zulässige Dachform ist das Satteldach, Pultdach mit in der Höhe versetzter Firstlinie, Walm- und Krüppelwalmdach. Nebengebäude sind auch in Flachdachbauweise zulässig. 2. Die zulässige Dachneigungsbandbreite beträgt zwischen 38° und 50°. Dachaufbauten sind von dieser Regelung ausgenommen. Gem. §31 (1) BauGB ist eine Überschreitung der festgesetzten max. Dachneigung im WA-1-Bereich zulässig, wenn bei der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bebauungsplanes vorhandenen Bausubstanz bereits eine Überschreitung vorliegt. Das zulässige Maß der Überschreitung darf die ursprüngliche Dachneigung nicht überschreiten. 3. Dachaufbauten (Gauben) und Dacheinschnitte (Loggien) sind bis zu einer halben Dachlänge zulässig, Frontspieße dürfen je Gebäudeseite 1/3 der jeweiligen Traufenlänge nicht überschreiten. Dachaufbauten, -einschnitte und Frontspieße sind so zu errichten, daß - vom Ortgang ein Mindestabstand von 2,0 m eingehalten wird; - vom First und vom unteren Dachrand ein Mindestabstand von 1,0 m eingehalten wird.	

Hinweise	
<b>Regenwasser Nutzung</b> Das anfallende Dachflächenwasser kann in Behältern aufgefangen und zur Brauchwassernutzung verwendet werden. Das gesammelte Dachflächenwasser darf nur für Zwecke verwandt werden, für die keine Trinkwasserqualität erforderlich ist. Auch für Kinder muss eine Verwechselung von Trinkwasser und Brauchwasser ausgeschlossen werden.	
<b>Bodenfunde</b> Sollten bei den geplanten Bau- und Erdbauarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlensammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. §14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach §14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.	
Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132).	
<b>Photovoltaik und Solarenergie</b> Zur Energiegewinnung und Erwärmung des Frischwassers wird der Einsatz von Photovoltaik bzw. Solarkollektoren empfohlen.	
<b>Begrünung</b> Es wird empfohlen Außenwandflächen von Nebenanlagen, Garagen oder überdachten Stellplätzen dauerhaft mit Kletterpflanzen zu begrünen. Ungegliederte Fassadenflächen könnten aus kleinklimatischen Gründen mit Kletterpflanzen dauerhaft begrünt werden. Darüber hinaus sind auf den privaten Pflanzflächen die Anpflanzungen von standortgerechten Gehölzen wünschenswert. Ein ausschließlicher Besatz mit Nadelgehölzen ist zu vermeiden.	
<b>Müllbehälter</b> Die Anwohner der Hinterliegergrundstücke sind gehalten, die Müllbehälter zum Zeitpunkt der Abholung vorübergehend im Straßenseitenraum der vorgelagerten, öffentlichen Erschließungsstrasse aufzustellen.	
<b>Präambel und Ausfertigung (mit Örtlichen Bauvorschriften)</b>  Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung und des § 40 der Niedersächs. Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Wallenhorst diesen Bebauungsplan Nr. 222 "Am Pingelstrang/Eichenstraße", bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen sowie den nebendstehenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, als Satzung beschlossen.	
Wallenhorst, den 02.06.2005.....	gez. U. Belde..... Bürgermeister
(SIEGEL)	
<b>Planunterlage</b> Geschäftszeichen L4-257/2004	
Kartengrundlage:	Liegenschaftskarte
Liegenschaftskarte:	Hollage Flur 12
Maßstab:	1:1000
Die dieser Kartengrundlage zu Grunde liegenden Angaben des amtlichen Vermessungswesens sind nach § 5 des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen vom 12.12.2002, Nds. GVBL. S. 5, geschützt. Die Verwertung für nicht eigene oder wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Wiedergabe ist nur mit Erlaubnis der Vermessungs- und Katasterbehörde Osnabrück zulässig. Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskataster und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 15.03.2004). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.	
Osnabrück, den 26.05.2005 .....	gez. Dr. Wissel..... -Unterschrift- Vermessungsdirektor
Vermessungs- und Katasterbehörde Osnabrück -Katasteramt-	(SIEGEL)

Verfahrensvermerke / Aufstellungsbeschuß	
Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat in seiner Sitzung am 09.10.2003 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 222 "Am Pingelstrang/ Eichenstraße" beschlossen. Der Aufstellungsbeschuß ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 17.12.2004 ortsüblich bekanntgemacht.	
Wallenhorst, den 02.06.2005.....	gez. U. Belde..... Bürgermeister
(SIEGEL)	
Öffentliche Auslegung	
Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat in seiner Sitzung am 01.07.2004 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 17.12.2004 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 03.01.2005 bis 04.02.2005 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.	
Wallenhorst, den 02.06.2005.....	gez. U. Belde..... Bürgermeister
(SIEGEL)	
Satzungsbeschuß	
Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 17.03.2005 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.	
Wallenhorst, den 02.06.2005.....	gez. U. Belde..... Bürgermeister
(SIEGEL)	
Inkrafttreten	
Der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 222 "Pingelstrang / Eichenstraße" ist gemäß § 10 (3) BauGB am ..15.06.2005 ..... im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ..15.06.2005... rechtsverbindlich geworden.	
Wallenhorst, den ..05.07.2005.....	gez. U. Belde..... Bürgermeister
(SIEGEL)	
Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften	
Innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Verfahrens- und Formschriften gem. § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 1 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gem. § 214 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht worden. Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeachtlich	
Wallenhorst, den 15.05.2014.....	gez. U. Belde..... Bürgermeister
(SIEGEL)	
Gemeinde Wallenhorst <b>Bebauungsplan Nr. 222</b> "Am Pingelstrang / Eichenstraße" mit Örtlicher Bauvorschrift über Gestaltung	
Abschrift	
Planverfasser: Jörg Brockes Dipl. Ing. (FH) Wolfgang Placke Dipl. Ing. (FH)	Datum: 25. Mai 2005 Unterschrift Planverfasser:
	brockes.placke Stadt- und Landschaftsplanung Rathausallee 1 49134 Wallenhorst